Die Meldung schien fundiert: Finanzminister Schäffers Persönlicher Referent. Oberregierungsrat Pfeiffer, und der CSU-Vorsitzende in Neumarkt, Fritz Schmid, so berichtete die „Mittelbayrische Zeitung", hatten Drachslers Aufstellung angefochten, weil sie nicht formgerecht vorgenommen worden sei.

Drachsler hätte sich freilich nicht zu erregen brauchen: Pfeiffer und Schmid dementierten die Nachricht, und auch die Landesleitung der Christlich-Sozialen Union gab hurtig bekannt, sie wisse nichts von einer Anfechtung der Wahl Drachslers: „Die Aufstellung des Kandidaten erfolgte laut Protokoll ordnungsgemäß nach den einschlägigen Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der CSU."

Während Drachsler noch seinen Fuß in Marina di Massa eingipsen ließ, schrieb Schäffers Referent Pfeiffer verärgert an die „Mittelbayrische Zeitung": „Gleichzeitig ersuche ich Sie, mir mitzuteilen, von wem die fragliche Notiz stammt, widrigenfalls ich mir vorbehalte, Anzeige gegen Unbekannt wegen Verleumdung zu erstatten."

Pfeiffer braucht seine Anzeige nicht gegen „Unbekannt" zu richten: Emsiges Suchen in den Räumen der „Mittelbayrischen Zeitung" förderte die Unterlagen für jene Tatarennachricht zutage. Es war ein Bundestagsbriefbogen. Als Absender zeichnete der Abgeordnete Karl Kahn.

KIRCHE

ISLAM-MISSION

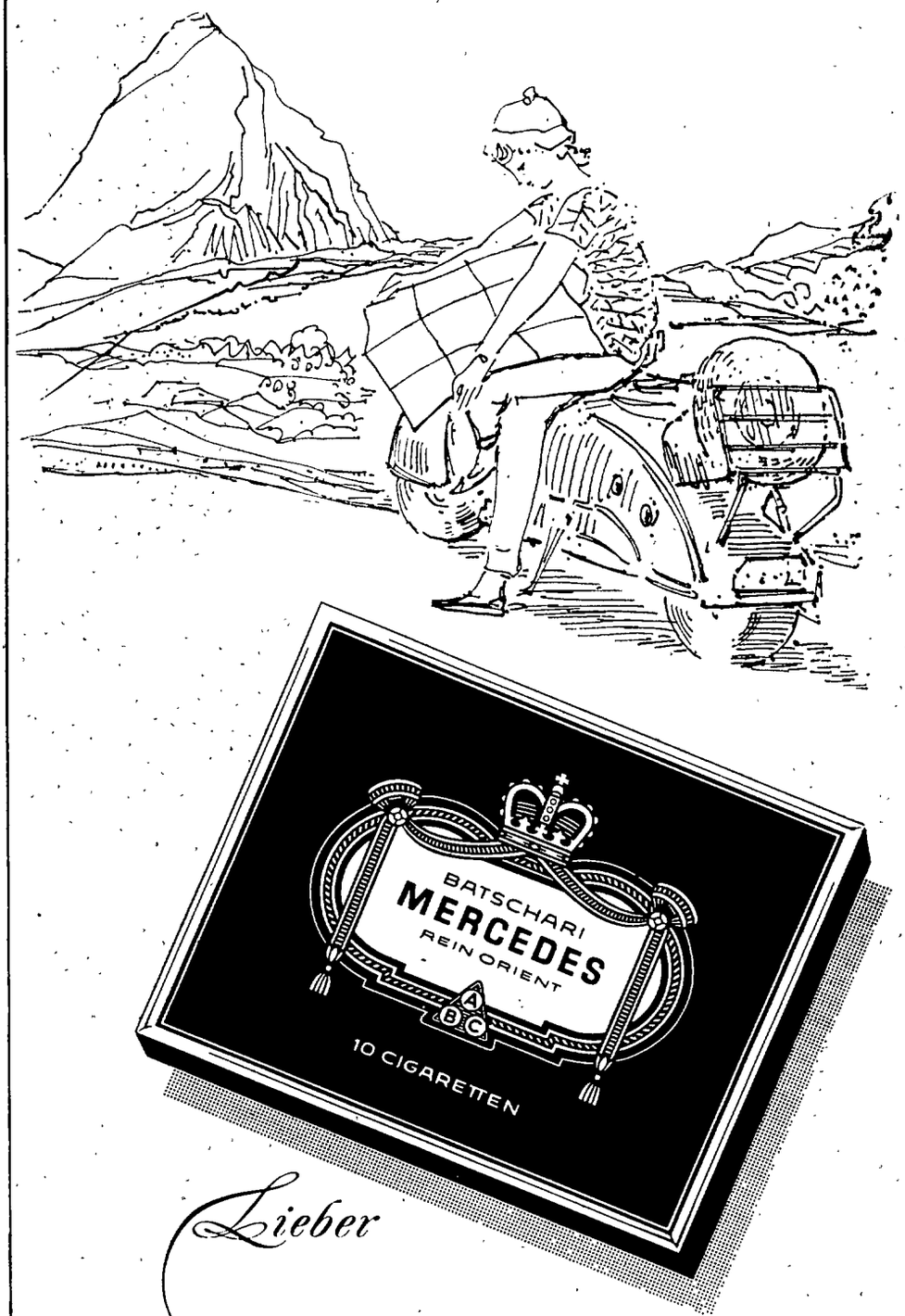
Bei der Eröffnung der Moschee in Hamburg-Stellingen erklärte der ehemalige pakistanische Außenminister Mohammed Safrullah Khan, der Islam betrachte Deutschland und Europa als „Stufe zur Bekehrung der ganzen Menschheit" zum Islam. Der Leiter des Außenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präsident Wischmann, bemerkte dazu beim Hermannsburger Missionsfest: „Wir sind das Ziel des Angriffs, des Missionswillens anderer Missionen." Die christliche Kirche in Deutschland habe dieser Lage Rechnung zu tragen. Weitere Moscheen sollen in Nürnberg, in Hannover und im Rheinland gebaut werden.

KONFESSIONEN

Streit im Dom

Als ein Hort konfessionellen Friedens hätte am 3. Juli dieses Jahres der Dom zu Altenberg im malerischen Dhün-Tal des Bergischen Landes gefeiert werden können: Hundert Jahre war es an diesem Tage her, daß der Altenberger Dom durch ein landesherrliches Dekret zu einer Simultankirche wurde, die seither beiden großen christlichen Konfessionen gemeinsam zur Verfügung steht.

Doch selbst ein Jahrhundert unter dem Dach eines gemeinsamen Gotteshauses hat das evangelisch-katholische Zusammenleben an diesem Platz nicht fördern können, im Gegenteil, die Geschichte des Altenberger Simultaneums liest sich wie die Chronik eines verspäteten Glaubenskrieges, der nur einmal von einer längeren Friedensperiode unterbrochen, dann aber bis auf den heutigen Tag um so erbitterter fortgeführt wurde und schließlich Formen annahm, die den evangeli-



schen Präses D. Held nötigten, die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen offiziell um Rechtsschutz zu ersuchen.

Ausgelöst wurde diese Bitte letztlich durch einen Besuch, den Abt Alberich vom Zisterzienserkloster Seligenporten (Oberpfalz) vor einiger Zeit dem Ort Altenberg abstattete. Zwar hatte es der Abt verstanden, wie weiland der tarnkappengeschützte Zwerg Alberich der Siegfriedsage seine Anwesenheit und den Zweck seines Besuches geheimzuhalten, doch machte eine gewisse Unruhe in der katholischen Pfarrgemeinde den protestantischen Pfarrer Hage bald auf den Besuch des Abts aufmerksam. Pfarrer Hage stellte Recherchen an und erfuhr, daß

- Abt Alberich als Quartiermacher die räumlichen Voraussetzungen für die Übersiedlung der Zisterziensermönche von Seligenporten nach Altenberg geprüft hatte,
- die Versetzung des katholischen Gemeinde-Seelsorgers, des Dechanten Hütten, beschlossene Sache war, da die Mönche die Betreuung der Gemeinde und des Domes übernehmen sollten.

In diesen Plänen, vor allem in der Ansiedlung der Mönche, sahen Pfarrer Hage und seine Gemeinde einen Versuch des Kölner Erzbischofs Kardinal Frings, den hundert Jahre alten Status des Altenberger Doms als Simultankirche „auf kaltem Wege" zu ändern.

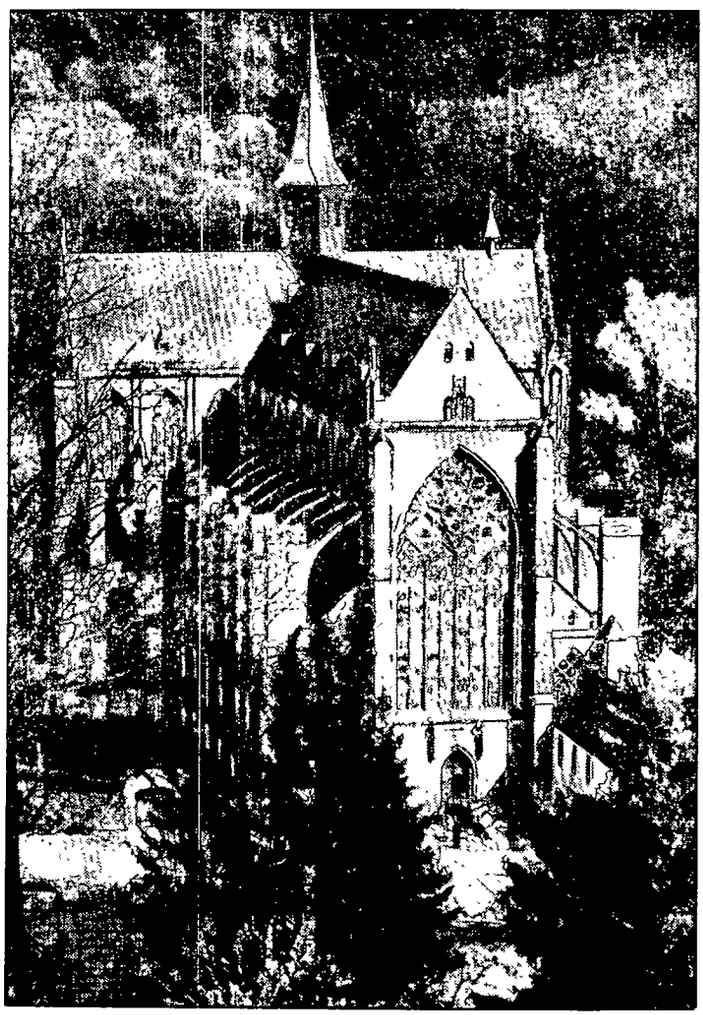
Der Altenberger Dom war um das Jahr 1300 von Zisterzienser-Mönchen erbaut worden und bis zum Jahre 1803 das Kernstück einer reichen Abtei gewesen. Dann aber wurde die Abtei aufgelöst, die Mönche verließen Altenberg, und der Dom wurde verkauft, zunächst an einen Kölner Kaufmann, der ihn weiterverkaufte, bis die Kirche schließlich — mittlerweile eingestürzt — als Steinbruch diente.

Als der Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. von diesem beklagenswerten Zustand des Domes erfuhr, bewilligte er rund 20 000 Taler zum Wiederaufbau des Gotteshauses. Der König knüpfte freilich an die Spende die Bedingung, daß künftighin „die Kirche . . . zum Simultan-Gebrauch, also auch für die Bedürfnisse der in der Umgebung wohnenden Evangelischen gewidmet werde". König Friedrich Wilhelm IV. erwarb dann den Dom „und das Terrain rings um die Kirche auf 20 Fuß Breite von den äußeren Strebepfeilern" für den preußischen Staat.

Der Kölner Erzbischof hatte die Mitteilung vom Wiederaufbau des Altenberger Doms als eine „höchst erfreuliche Nachricht" bezeichnet und in einem Schreiben an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz bemerkt, „daß gegen gemeinschaftlichen Gebrauch . . . nichts zu erinnern ist . . . "

Auf königlichen Wunsch wurde — um Streitigkeiten zu vermeiden — für die Benutzung des Domes ein Stundenplan festgelegt: Das Gotteshaus sollte täglich von 8 bis 10 und von 13 bis 15 Uhr der evangelischen Kirchengemeinde zur Verfügung stehen. Trotz solcher Vorsicht kam es bald zu Komplikationen. Ende 1859 weigerten sich die Altenberger Katholiken, die Kirchenfahnen zu entfernen, mit denen sie den Dom zum Willkommen für ihren ersten Pfarrektor geschmückt hatten. Als die katholische Geistlichkeit zwei Jahre später im Herzogs-Chor des Domes einen Nebenaltar aufbauen und einen der Seitenaltäre mit einer Marienfigur schmücken ließ, machte die preußische Regierung zum erstenmal von ihrem Hausrecht Gebrauch. Sie verlangte, daß die Änderungen rückgängig gemacht würden, und ließ, als die katholische Kirche sich weigerte, Nebenaltar und Marienstatue entfernen. Daraufhin wurde sie vom Kölner Erzbischof verklagt.

In einem sechs Jahre währenden Rechtsstreit klagte die Kurie auf Feststellung, daß der Erzbischöfliche Stuhl in Köln



Altenberger Dom: Die Zisterzienser kommen wieder

rechtmäßiger Eigentümer des Altenberger Doms sei. Die Klage wurde in mehreren Instanzen abgewiesen, und als dann im Jahre 1893 die preußische Regierung im Grundbuch als Eigentümer des Domgrundstückes eingetragen wurde, erhob die katholische Kirche keinen Einspruch mehr.

Fortan herrschte Frieden im Altenberger Dom. Er währte 50 Jahre, bis zum Sommer 1945 — bis das Reich zusammenbrach und der Staat Preußen aufgelöst wurde. Seitdem ordnet der Dechant Hütten wie ein Hausherr nach persönlichem Gutdünken Änderungen in der Kirche an. Die Orgel wurde umgebaut, ein Beichtstuhl aufgestellt, drei weitere Glocken wurden aufgehängt.

Außerdem kam es zu unerquicklichen Auseinandersetzungen zwischen den Küstern der beiden Gemeinden, die sich gegenseitig mit Brachialgewalt daran hinderten, die Glocken zu läuten. Fanatische Glaubensstreiter löschten die brennenden Kerzen, die konfessionelle Gegner im Gotteshaus aufgestellt hatten, und oft wurden die Schaukästen, in denen die kirchlichen Ankündigungen ausgehängt waren, über Nacht zertrümmert.

Der Streit verschärfte sich, als die katholische Pfarrgemeinde beschloß, die Eintrittsgelder, die Besucher des Doms zu entrichten hatten, in die eigene Kasse zu leiten. Daß für die Besichtigung des Doms Eintrittsgelder zu erheben seien, hatte im Jahre 1913 der zuständige Landrat angeordnet. Die anfangs nicht sehr großen Einnahmen — heute sind es allerdings jährlich 80 000 bis 100 000 Mark — sollten zu gleichen Teilen dem Domaufseher, der Beschließerin und dem Altenberger Dom-Verein zufließen.

Diese Regelung galt bis 1934, dann ordnete der Kölner Regierungspräsident an, der Dom-Verein solle in Zukunft alleiniger Empfänger sein, dafür aber alle Verwaltungsgeschäfte sowie die Pflege und Ausstattung des Dom-Inneren übernehmen. Die Kosten für die äußere Instandhaltung des Gebäudes trägt der Staat.

Verständlicherweise waren weder der interkonfessionelle Dom-Verein noch die evangelische Altenberger Gemeinde mit der Absicht der katholischen Gemeinde einverstanden, das Eintrittsgeld künftig allein zu kassieren. Doch ihre Einsprüche blieben erfolglos. Der Kölner Regierungspräsident Dr. Busch bestätigte dem Dechanten Hütten sogar am 25. Januar 1947 offiziell das Recht, „die Eintrittsgelder zur Besichtigung des Altenberger Doms zu erheben, sie zu vereinnahmen und hierüber zu verfügen". Alle weiteren Einsprüche versandeten im nordrhein-westfälischen Kultusministerium, das damals von der Katholikin Christine Teusch geleitet wurde.

Die Evangelische Kirche im Rheinland fügte sich schließlich dieser Entscheidung. Sie tat, um möglichst allen Konfliktstoff auszuräumen, noch ein übriges und betraute den Pfarrer Hage, einen ausgesprochen konzilianten Mann, mit der Leitung der evangelischen Gemeinde in Altenberg.

Hage fand zu seinem katholischen Amtsbruder Hütten ein so gutes persönliches Verhältnis, daß für einige Zeit wieder Frieden in Altenberg herrschte. Im „Haus Altenberg", einer Schulungsstätte für die katholische Jugend, durften evangelische Gruppen sogar mit eigenen Veranstaltungen zu Gast sein. „Aber dann", so berichtet Hage, „kam Dechant Hütten eines Tages zu mir und erklärte, wir dürften das ‚Haus Altenberg' nicht mehr benutzen. Ich bat ihn, mir das doch schriftlich zu geben; das konnte er aber nicht."

Pfarrer Hage fragte daraufhin beim Erzbischöflichen Ordinariat in Köln an und bekam nun schwarz auf weiß das Hausverbot. Resümiert Hage: „Kardinal Frings will nicht, daß wir dieses Haus noch einmal betreten."

Unterdes war im Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen der Schriftwechsel über das Eintrittsgeld für Dombesichtigungen wieder vorgelegt worden. Kultusminister Professor Luchten-



Evangelischer Präses **D. Held**
Bitte um staatlichen Rechtsschutz

berg verfügte am 1. April 1957, daß nicht die katholische Gemeinde Altenberg, sondern ausschließlich der Dom-Verein das Recht habe, die Eintrittsgelder zu kassieren. Der Minister handelte dabei als Beauftragter eines Landes, das zu den Rechtsnachfolgern des Preußischen Staates gehört.

Die katholische Kirche antwortete mit einer Schikane: Sie untersagte dem Domführer Heinen, der den Touristen die Sehenswürdigkeiten des Gotteshauses erläutert, die Eintrittskarten in seinem Verkaufsstand zu verkaufen. Der Stand befindet sich vor der Dompforte und gehört der katholischen Gemeinde. So kommt es, daß Domführer Heinen seinen Stand verläßt, wenn er die Besucher mit Eintrittskarten bedient.

In dem Bestreben, den unschönen Konfessionszwist möglichst still beizulegen, verfiel die CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag kürzlich auf eine ungewöhnliche Idee. Sie erklärte sich bereit, den Bau einer evangelischen Kirche in Altenberg zu unterstützen, damit den Katholiken der Dom allein überlassen werden könne. Sagt Pfarrer Hage: „Wir haben aber sofort abgewinkt."

Während man im nordrhein-westfälischen Kultusministerium nun daran denkt, den Streitfall im Landtag diskutieren zu lassen, meint man im evangelischen Landeskirchenamt, es sei das beste, ein ordentliches Gericht mit der Klärung zu befassen. Beide Konfessionen haben sich bereits vorsorglich umfangreiche Rechtsgutachten anfertigen lassen.

Eine Intervention des Kultusministers beim Erzbischöflichen Ordinariat in Köln wegen der Ansiedlung der Zisterzienser-Mönche ist seit vier Monaten unbeantwortet geblieben. Statt dessen wurde im Ministerium bekannt, daß die Mönche „jeden Tag in Altenberg eintreffen können".

WAR DAS NICHT GROSSARTIG?

Aus der Presse der Sowjetzone

Der planmäßige 99,5prozentige Sieg der Kandidaten der Nationalen Front bei den Kommunalwahlen am 23. Juni ist von der Presse der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik" in uniformer Selbstzufriedenheit als „überwältigendes Bekenntnis der Bevölkerung zur Politik der Arbeiter- und Bauernmacht" gewertet worden.

Bei uns war der Wahltag gewissermaßen Höhepunkt und Abschluß eines großartigen demokratischen Wahlaktes ... Unser Ja und Nein haben die Kandidaten bereits vor der Wahl erfahren, von Angesicht zu Angesicht, mit dem Warum und Wieso. Da bei uns die Meinung des Wählers stets und nicht nur bei der Wahl geachtet wird, brauchten wir am Wahltag nur noch Vertrauen und Mandat zu übergeben.

Die Stimme jedes einzelnen Wählers hat dreifache Macht: Vor dem Wahltag bei der Auswahl der Kandidaten, am Wahltag bei der Wahl der Kandidaten, nach dem Wahltag bei der persönlichen aktiven Mitarbeit sowie durch die Möglichkeit, schlechte Abgeordnete abzuberufen.

Wir haben richtig gewählt, wir haben gesiegt ...

Und großartig wie unsere Wahl ist auch unser Wahlergebnis. Zeigt nicht der überwältigende Wahlsieg die feste Übereinstimmung fast aller Wähler in den Lebensfragen unseres Volkes, die Einheit der Millionen für Frieden und Sozialismus?

„Junge Welt", Organ des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, 26. Juni 1957.

*

Im Stadtbezirk 7 spielt die Schalmeienkapelle des Kraftwerkes „Ernst Thälmann", ein Lautsprecher überträgt die Musik, an einem Schießstand versucht man, ins Schwarze zu treffen ... wie denn die Wähler mit ihrer Stimme für die Kandidaten der Nationalen Front auf jeden Fall ins Schwarze treffen.

„Leipziger Volkszeitung", 25. Juni 1957.

*

Ein Stimmzettel, wie er am 23. Juni abgegeben wurde, ist nicht nur ein Stück Papier, das hoffnungslos den Fluß hinuntertreibt. Dieser Stimmzettel ist wie ein Ziegelstein, vermauert in ein Haus, an dessen Fundament der Wähler schon mitgebaut hat, an dem er weiter mitbauen wird, dessen Plan er kennt *und das sein Haus ist.* Die Abgabe dieses Stimmzettels ist eine sinnreiche und wirkungsvolle Handlung, die man froh und selbstsicher vollbringt. Sie ist Höhepunkt einer ständigen, einer vorangehenden und weiter in die Zukunft reichenden demokratischen Tätigkeit. Daher kam die freudige Stimmung dieses Wahltages.

*

In der Gemeinde Hundisburg, Kreis Haldensleben, saß der 83jährige Wilhelm Gehrmann bereits eine Stunde vor Wahlbeginn auf einem kleinen Stühlchen vor dem Wahllokal, um auch bestimmt als ältester Bürger der Gemeinde zuerst zu wählen.

Auf einem Rübenacker zwischen Wedringen und Vahldorf im Bezirk Magdeburg traf unser Korrespondent die Genossenschaftsbäuerin Anna Keilwitz aus der LPG „Einheit" beim Rübenverziehen. „Was ich hier mache", antwortete die Genossenschaftsbäuerin auf die Frage unseres Korrespondenten, „nach der Stimmabgabe folgt bei mir die Tat!"

„Vorwärts" (Montagsausgabe des „Neuen Deutschland"), Zentralorgan der SED, 24. Juni 1957.

*

Noch hat die Turmuhr des kleinen Städtchens Bad Doberan nicht die fünfte Stunde angezeigt, und dennoch herrscht in den Straßen bereits reges Leben. Die ersten Wähler eilen den Wahllokalen zu, und Junge Pioniere mit Blumensträußen vervollkommnen das bunte Bild ... Jetzt ist es soweit. Die Turmuhr verkündet die sechste Stunde, die Ersten treten ein.

Ein Zweikampf entbrennt, denn jeder wollte der erste Wähler sein. Frau Seedorf war es. Frau Seedorf mit ihrer Tochter. So kam es aus aller Munde. Ihr gebührt der Blumenstrauß. Offen gab sie, wie alle Wähler, die zu dieser Zeit erschienen waren, ihre Stimme den Kandidaten der Nationalen Front.

„Ich kenne die Kandidaten und weiß, daß unsere Sache in ihren Händen richtig ist, und deshalb habe ich auch mit Freuden gerade schon in der Frühe meiner Ehrenpflicht genügt", so sagt Frau Seedorf.

„Ostsee-Zeitung", 24. Juni 1957

*

Viele Tausende sind es gewesen, die am Sonntag, noch bevor sie ihre Stimme für die Kandidaten der Nationalen Front abgaben, dem Leiter des betreffenden Wahllokals einen beschriebenen Bogen Papier überreichten oder ihm zumeist in feierlichen Worten eine Mitteilung machten.

Was ging hier vor?

Wir haben uns einige dieser Zettel angesehen. Sie enthielten ausnahmslos Meldungen von erfüllten Verpflichtungen. Es waren Tausende guter Taten, mit denen die Mehrzahl der Werktätigen sich schon vor dem eigentlichen Wahlakt zu unserer gemeinsamen guten Sache bekannt und nun mit der Stimmabgabe für die Kandidaten der Nationalen Front den Schlußpunkt hinter ihre Entscheidung gesetzt hatten ..

Ganz sicher war jede einzelne Aufbaustunde bei jedem einzelnen mit dem Verzicht auf irgendwelche persönlichen Dinge verbunden, und sei es auch nur die dafür geopferte Freizeit gewesen. Und Hunderttausende, ja Millionen Arbeiter, Bauern, Angestellte, Angehörige der Intelligenz, Handwerker und andere Kreise des Mittelstandes haben freiwillig diese Mühen auf sich genommen, um damit vor aller Welt zu beweisen, daß ihr „Ja" zu unserer Arbeiter- und Bauern-Macht eine Entscheidung ist, hinter der sie mit ihrer ganzen Person stehen und zu der sie sich durch die Tat zu bekennen bereit sind.

„Freiheit" Organ der SED Bezirk Halle 25. Juni 1957